



Bundesministerium für Verfassung,
Deregulierung, Reformen und Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Organisationseinheit: BMöDS - I/A/3 (Rechtskoordination,
Informations-, Organisations- und
Verwaltungsmanagement)
Sachbearbeiter/in: Mag. Marianne Kropf
E-Mail: marianne.kropf@bmoeds.gv.at
Telefon: +43 (1) 71100-644196
Fax: +43 (1) 71344042369
Geschäftszahl: BMöDS-11400/0024-I/A/3/2018
Datum: 09.03.2018
Ihr Zeichen: BMVRDJ-S751.006/0001-IV 2/2018

team.s@bmvrdj.gv.at;
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-JZG), die Strafprozeßordnung 1975 und das EU- Finanzstrafzusammenarbeitgesetz (EU-FinStrZG) geändert werden

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport nimmt zu gegenständlichem Entwurf wie folgt Stellung:

Es wird davon ausgegangen, dass der in der WFA definierte personelle Mehrbedarf im Ausmaß von drei Vollbeschäftigtenäquivalenten durch geeignete personalorganisatorische Maßnahmen innerhalb des Bundesministeriums für Finanzen ausgeglichen wird und es zu keiner personellen Ressourcenvermehrung kommt. Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 4 des geltenden Bundesfinanzrahmengesetzes verwiesen.

Unter Einem ergeht die Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Bundesminister:
Mag. Roland Weinert

Beilage/n:

